

petra XXXX
XXXXXXXXXXße 19
D-[86XXX] XXXXXen

Embassy of the United States
z. Hd. Des Hohen Kommissars der
Militärregierung
Pariser Platz 2
D-[10117] Berlin

vorab per Fernkopierer: +49 (0) 30 83 05 21 20

XXXXXen, den 07. November 2015

Strafanzeige

Strafanzeige, Strafantrag mit Strafverfolgungsantrag nach BK/O(51)56 c an die Russische Militärregierung, zur Weiterleitung an die zuständigen Militärstaatsanwaltschaften, aus allen rechtlichen Gründen und aus Rechtsschutzbedürfnissen meiner Entität, ausgeschlossene Personen kraft Gesetz wegen Grundrechteverletzung.

Dear Sir,

Seine Exzellenz, Hoher Kommissar,

ich stelle hiermit HAFTANTRAG, STRAFANTRAG, STRAFVERFOLGUNGSANTRAG

und

Schadensersatzklage

gegen die Tätergemeinschaft:

Die Verantwortlichen

Herrn Heiko Maas vermeintlicher Minister des vermeintlichen Ministerium der Justiz,
Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Herrn Dr. Wolfgang Schäuble, vermeintlicher Minister des vermeintlichen Ministerium
der Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10116 Berlin

Dr. Thomas des Maizière, vermeintlicher Minister des vermeintlichen Ministeriums des Innern, Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

sowie

allen weiteren Erfüllungsgehilfen bis hin zu den Bediensteten der jeweiligen „Behörden“, sowie alle Richter, Staatsanwälte, Vollstreckungsbeamte, Gerichtsvollzieher und weitere Erfüllungsgehilfen, insbesondere in dem „Bundesland“ Bayern, hier insbesondere die Herren und Damen

Herrn Dr. Bernt Münzenberg, vermeintlicher Präsident des vermeintlichen Amtsgerichts Augsburg, Am Alten Einlaß 1, 86150 Augsburg

Frau Lenge, vermeintliche Richterin am vermeintlichen Amtsgericht Augsburg, Am Alten Einlaß 1, 86150 Augsburg

Herr Wieser, vermeintlicher Richter am vermeintlichen Amtsgericht Augsburg, Am Alten Einlaß 1, 86150 Augsburg

Herr Dr. Johannes Kirchmayer, vermeintlicher Richter am vermeintlichen Amtsgericht Augsburg, Am Alten Einlaß 1, 86150 Augsburg

Herr Wagner, vermeintlicher vorsitzender Richter am vermeintlichen Landgericht, Am Alten Einlaß 1, 86150 Augsburg

Frau Hillebrand, vermeintlicher Richterin am vermeintlichen Amtsgericht Augsburg, Gögginger Straße 101, 86199 Augsburg

Herrn Dr. Ernst, vermeintlicher Staatsanwalt der vermeintlichen Staatsanwaltschaft Augsburg, Gögginger Straße 101, 86199 Augsburg

Herrn Roth, vermeintlicher Staatsanwalt der vermeintlichen Staatsanwaltschaft Augsburg, Gögginger Straße 101, 86199 Augsburg

Frau Oral-Öztürkmen, vermeintlicher Justizsekretärin, vermeintliche Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle des vermeintlichen Amtsgerichts Augsburg, Gögginger Straße 101, 86199 Augsburg

Herr Zipperer, vermeintlicher Justizobersekretär, vermeintlicher Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des vermeintlichen Amtsgerichts Augsburg, Am Alten Einlaß 1, 86150 Augsburg

Frau Metzger, vermeintliche Justizsekretärin, vermeintliche Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle des vermeintlichen Landgerichts Augsburg, Am Alten Einlaß 1, 86150 Augsburg

Herr Jürgen Brötsch, vermeintlicher Obergerichtsvollzieher, Ulmer Straße 131, 86156 Augsburg

Herr Helmut Schön, vermeintlicher Leiter des vermeintlichen Finanzamtes Augsburg-Land, Sieglindenstraße 21, 86152 Augsburg

Herr Walser, vermeintlicher Vollziehungsbeamter/Sachbearbeiter des vermeintlichen Finanzamtes Augsburg-Land, Sieglindenstraße 21, 86152 Augsburg

Herr Ralf Maier, vermeintlicher Vollziehungsbeamter/Sachbearbeiter des vermeintlichen Finanzamtes Augsburg-Land, Sieglindenstraße 21, 86152 Augsburg

Herr Bernhard Jaud, vermeintlicher Vollziehungsbeamter des vermeintlichen Finanzamtes Augsburg-Land, Sieglindenstraße 21, 86152 Augsburg

Herr Ohlig, vermeintlicher Vollziehungsbeamter/Sachbearbeiter des vermeintlichen Finanzamtes Augsburg-Land, Sieglindenstraße 21, 86152 Augsburg

Herr Neumeier, vermeintlicher Kassenleiter des vermeintlichen Finanzamtes Augsburg-Land, Sieglindenstraße 21, 86152 Augsburg

Herr Dressler, vermeintlicher Sachbearbeiter des vermeintlichen Finanzamtes Augsburg-Land, Sieglindenstraße 21, 86152 Augsburg

Herr Müller, vermeintlicher Polizeibeamter der vermeintlichen Polizeiinspektion Gersthofen, Schulstraße 18, 86368 Gersthofen

Herr Schurius, vermeintlicher Polizeibeamter der vermeintlichen Polizeiinspektion Gersthofen, Schulstraße 18, 86368 Gersthofen

Herr Richard Frank, vermeintlicher Vorstand der vermeintlichen Kreissparkasse Augsburg, Martin-Luther-Platz 5, 86150 Augsburg

Herr Roland Schrank, vermeintlicher Mitarbeiter im vermeintlichen Kreditsekretariat der vermeintlichen Kreissparkasse Augsburg, Martin-Luther-Platz 5, 86150 Augsburg

Herr Jakob, vermeintlicher Mitarbeiter im vermeintlichen Kreditsekretariat der vermeintlichen Kreissparkasse Augsburg, Martin-Luther-Platz 5, 86150 Augsburg

Herr Richard Hammerl, vermeintlicher Filialdirektor der vermeintlichen Kreissparkasse Augsburg, Zweigstelle Gersthofen, Bauernstraße 1, 86368 Gersthofen

Frau Martina Preiß, vermeintliche Mitarbeiterin der vermeintlichen Abteilung SP-KOS 53 der vermeintlichen Kreissparkasse Augsburg, Postfach 10 19 53, 86009 Augsburg

Frau Kerstin Ulrich, vermeintliche Mitarbeiterin der vermeintlichen Abteilung SP-KOS 53 der vermeintlichen Kreissparkasse Augsburg, Postfach 10 19 53, 86009 Augsburg

Frau Marion Frisch, vermeintliche Präsidentin des vermeintlichen Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, St.-Martin-Straße 47, 81541

München

Herr Alois Streibl, vermeintlicher Regierungsrat des vermeintlichen Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, St.-Martin-Straße 47, 81541 München

Herr Wittmann, vermeintlicher Regierungsdirektor des vermeintlichen Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, St.-Martin-Straße 47, 81541 München

Frau R. Fuchs-Höhn, vermeintliche Regierungsdirektorin des vermeintlichen Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Gunnar-Wester-Straße 6, 97421 Schweinfurt

Wegen der Anwendung von, seit dem 18.07.1990 erloschener *grundgesetzlicher Rechtsnormen einer Verwaltungseinheit der Zentralverwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes Bundesrepublik Deutschland und Verstoß gegen Anwendung der am 24. April 2006 gelöschten grundrechtlichen Rechtsnormen wie Einführungsgesetze und territoriale Geltungsbereiche des Gerichtsverfassungsgesetzes, Strafprozessordnung und Zivilprozessordnung und Verstoß gegen Kontrollratsgesetz Nr. 1, SHAEF Gesetz Nr. 1 S.M.A.D Befehle, wegen Anwendung faschistischer Gesetze.*

Somit ist bereits grundrechtlich und auch grundgesetzlich offenkundig nachgewiesen, dass es keine Anwendbarkeit der illegalen Rechtsnorm der Zentralverwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes Bundesrepublik Deutschland (genannt BRD) gegeben kann.

Es gilt die Rechtsgrundlage mit Stand zum 23. Mai 1945, durch den Überleitungsvertrag vom September 1990 und der Bereinigung der Ermächtigungsgesetze von November 2007.

Die Anwendung dieser erloschenen grundrechtlichen Rechtsnormen verstößt gegen das Besatzungsrecht.

In dem Kriegs- und Besatzungsgebiet „Bundesrepublik Deutschland“ ist die Rechtspflege durch das Erlöschen der grundgesetzlichen Rechtsnormen zum Stillstand gekommen und die „BRD“ unterliegt direkt dem Völkerstrafgesetzbuch, sowie den Militärgesetzen nach SMAD und SHAEF und den Kontrollratsgesetzen der Alliierten.

Eine Legitimation auf Basis der Militärgesetze (Verwaltungsrecht – Kontrollratsgesetze AHK, Siegerrecht SHAEF- und SMAD Gesetze), sowie die Ernennung der oben genannten Person wurde nicht erbracht.

Bereits im Jahre 1945 wurde der Beamtenstatus aufgehoben! Am 17.12.1953 (BvR 147/52) wurde eindeutig gesagt: Alle Beamtenverhältnisse sind am 08.05.1945 erloschen. Fundstellen: BVerfGE 3,58;DVBl 1954,86;DÖV 1954,53;JZ 1954,76;MDR 1954,88;NJW 1954,21 Verweis auf : BVerfG-Urteil 2 BvF 1/73.

Es erfolgen:

Nötigung nach § 240 und § 241 Abs.2 StGB.

Betrug § 263 StGB: Verschaffung von Vermögensvorteilen durch Vortäuschung falscher Tatsachen.

Feststellung der Erschweris der Tatvorwürfe, da Mitarbeiter eines Scheinamtes oder einer Scheinbehörde rechtlich geschult sind.

Daraus ergeben sich:

- vorsätzlicher Betrug
- vorsätzliche Täuschung
- vorsätzliche Amtsanmaßung
- vorsätzliche Urkundenfälschung § 267 StGB
- vorsätzliche Anleitung Straftaten § 130a i.V. §126 Abs.4 Satz 1 StGB
- Anleitung zur vorsätzlichen Begünstigung § 257 Abs.1 StGB
- vorsätzliche Untergrabung der freiheitlich demokratischen Grundordnung § 81 und § 82 StGB.

Schlussfolgernd ist insgesamt eine vorsätzliche Rechtsbeugung nach § 339 StGB festzustellen.

Ich stelle Strafantrag und Strafanzeige gegen die oben genannten Personen auf Grund fehlender Legitimation und exekutiver Anwendung erloschener grundrechtlicher und grundgesetzlicher Rechtsnormen-Gesetze und damit verbundene Willkür, Amtsanmaßung, Amtsmissbrauch und Urkundenfälschung, sowie VStGB § 7 Verbrechen gegen die Menschlichkeit, VStGB § 9 Kriegsverbrechen gegen Eigentum und sonstige Rechte, sowie massive Verstöße gegen internationales Recht EMRK und IP 66 Art 13, Recht auf wirksame Beschwerde Art 14 – Diskriminierungsverbot.

Das vermeintliche „Staatshaftungsgesetz“ von 1981 (StHG) wurde durch Urteil des vermeintlichen „Bundesverfassungsgerichts“ v. 19.10.1982 (BverfGE 61.149) für nichtig erklärt.

Alle vermeintlichen „Beamten“ in der vermeintlichen „Bundesrepublik“ haften privat und sind somit schadensersatzpflichtig gemäß BGB §§ 823,839 i. V. m. VStGB § 5 (Unverjährbarkeit), i.V.m. VStGB § 9 (Kriegsverbrechen gegen Eigentum und sonstige Rechte).

Ich bitte um Mitteilung eines Aktenzeichens.

Hochachtungsvoll:

Anlagen (dieses Schreiben mit Anlagen erhalten Sie zusätzlich auf dem Postweg)

P.S.

Zusatzerklärung:

Die beigefügten Anlagen sind nur ein Teil des gesamten Schriftverkehrs zwischen den zuvor benannten Personen, den Institutionen und der Antragstellerin. Hierzu existieren mittlerweile mehrere Ordner und zudem noch etliche von den Antragstellern verfasste digitalisierte Schreiben.

Gerne kann Ihnen die Antragstellerin diese zur Vervollständigung zukommen lassen.